

Zweck der Freiheitsstrafe

Bezüglich der Empfehlung des Unterausschusses, das Strafjustizsystem im Sinne der Schaffung weiterer Alternativen zur Sicherheitsverwahrung zu überprüfen, erklärte der Minister, diese Frage werde jetzt und weiterhin vordringlich behandelt. Ebenso sagte er im Hinblick auf eine andere Empfehlung des Unterausschusses, "für den Strafvollzug im ganzen Land einheitliche Normen" festzulegen, daß Gespräche mit den Provinzen auf verschiedenen Treffen von Bundes- und Provinzministern stattgefunden hätten und daß ein Arbeitsausschuß geschaffen worden sei. Ein ständiges Komitee von Staatssekretären würde auf der nächsten Ministerkonferenz über die gemachten Fortschritte berichten.

Andere Empfehlungen

Zu den vom Minister angenommenen Empfehlungen gehören u.a.:

- . Die Ernennung eines Generalinspektors, der die Einrichtungen der Strafvollzugsanstalten inspiziert und Unregelmäßigkeiten untersucht. Er würde dem Kommissar für die Strafvollzugsanstalten direkt unterstehen. Kriminalistische Untersuchungen sollen der Polizei zugewiesen werden.
- . Die Schaffung eines speziellen Prüfungsausschusses, um sicherzustellen, daß kein Mißbrauch mit Einzelhaft getrieben wird.
- . Der Bau kleinerer Anstalten (für 200 - 250 Insassen), die mit verschiedenen, gemeinsam benutzten Einrichtungen zusammengefaßt werden können. Die Regierung hat schon angekündigt, daß neun neue Strafvollzugshäuser bis Dezember 1979 fertig werden und daß in den nächsten fünf Jahren 24 neue Anstalten gebaut würden, die so ausgelegt sind, daß sie "bestimmten Erfordernissen besser entsprechen".
- . Besseres Essen in den Anstalten; die prinzipielle Gestattung gemeinsamer Mahlzeiten, obwohl dies in den gegenwärtigen Anstalten nicht überall möglich sein wird.
- . Die Probezeit für neue Angestellte soll ein Jahr dauern. Ihr geht ein Einführungskurs voraus, der sowohl Unterricht an Personalakademien wie praktische Schulung am Arbeitsplatz einschließt.
- . Besuche bei Kollegen anderer Länder, um deren Vorstellungen und Arbeitsweise kennenzulernen, ferner Beteiligung an entsprechenden internationalen Organisationen und Konferenzen.
- . Bei allen Anstalten soll ein beratender Bürgerausschuß gebildet werden, der sich aus Vertretern aller Gesellschaftsschichten zusammensetzen wird. Er soll den Anstaltsleiter sowohl bei der allgemeinen Entwicklung von Programmen als auch über Methoden zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit der Anstalt beraten.
- . Vertretung der Insassen von Strafvollzugsanstalten durch einen Insassenausschuß.
- . Alle Insassen sollen Anspruch auf Teilnahme an Hochschul-, Gewerbeschul- und Fernunterrichtskursen haben. Gegenwärtig nehmen rund 2.100 Häftlinge an akademischen und weitere 1.100 an technischen und anderen Fachschulprogrammen teil.



*General-Kronsyndikus
Francis Fox*